

3. April 1917.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch.

Mit diesem Gegenstande beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission an den letzten Tagen.

Herr Wilhelm führte aus: Die bisherigen Mittel, die zur Deckung des Konsums herangezogen wurden, haben nicht zu dem gewünschten Ziele geführt. Wenn irgend ein unentbehrlicher Verbrauchsartikel knapp wurde, dann wurde eine Regelung in der Weise vorgenommen, daß man für diesen Artikel einen Höchstpreis festsetzte. Die Folge war, daß Erzeuger und Händler sich den anderen Artikeln zuwendeten, für welche noch keine Höchstpreise bestanden. Die eigentliche Ursache des gegenwärtigen Mangels an Lebensmitteln ist in dem Rückgange der Produktion zu suchen. Getreide, Fleisch, Milch, Futtermittel, u. s. w. werden sowohl in den kriegführenden als in den neutralen Ländern gegenwärtig in geringerem Ausmaße als im Frieden erzeugt. Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird die Produktion zurückgehen, da es an den notwendigen Arbeitskräften und Hilfsmitteln fehle. Um eine weitere Verminderung der Produktion hintanzuhalten, müssen energische Vorkehrungen getroffen werden, die sich auf sämtliche Ernährungsgebiete zu erstrecken haben.

Im Anschlusse an diese Ausführungen beantragte Stadtrat Kuoll die Einsetzung eines Komitees der Handelspolitischen Kommission, welches sich mit Vorschlägen für die Produktion sämtlicher unentbehrlicher Lebensmittel und deren Verteilung befassen soll.

Landesausschuß Mayer wies darauf hin, daß trotz der Vermehrung der Anbauflächen das Ergebnis der Ernte im Kriege geringer ist als im Frieden. Durch unzweckmäßigen Anbau, der nicht von jenen besorgt wurde, die im Frieden damit beschäftigt sind, wird viel Saatgut und Kunstdünger zwecklos vergeudet. Frauen, alte Leute und Kinder können dem Boden nicht einen solchen Ertrag abringen, wie die im besten Mannesalter stehenden landwirtschaftlichen Arbeiter.

Regierungsrat Fritz tritt für eine strenge Scheidung beim Verkaufe des Luxusfleisches und des gewöhnlichen Fleisches ein. Er führt weiter aus, daß allerdings während der Kriegszeit der Viehstand nach der Zahl sich verringert habe, daß jedoch gegenwärtig nur 6 % mehr als 3-jährig sei.

Der stellvertretende Vorsitzende des Kriegsverbandes/Dr. Emmerich Granichstädten verwies darauf, daß der Verkehr mit Rohtalg streng geregelt ist. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, neben den Fleischpreisen auch die Fettpreise entsprechend zu beeinflussen. Die wegen der geringen Haltbarkeit des Rohtalges heikle Frage der Beschlagnahme ist auf glückliche Art gelöst worden, indem die Inanspruchnahme schrittweise und nur dort erfolgt, wo bereits für sachgemäße Weiterverarbeitung in verlässlichen Talgschmelzen vorgeordnet ist. Der Rohtalg muß rein ausgeschnitten und vollständig abgeliefert werden; derart wurde die prozentuelle Ausbeute an Schmelztalg außerordentlich gesteigert. Monatlich werden derzeit 4000 Meterzentner Rohtalg erfaßt, davon 85 % als Speisetalg erhalten und in Form von Kriegsmargarine zur Verteilung gebracht. Der Talgpreis wurde von etwa 15 K auf 6 bis 9 K herabgesetzt, Kriegsmargarine wird in Wien um 7 K 70 h per Kilogramm an die Verbraucher abgegeben. Dagegen kostet Schmelztalg, soweit er noch im freien Verkehr vorkommt, schon 20 K pro Kilogramm und auch mehr.

Der Vorsteher der Fleischhauergenossenschaft Schedl bemerkt, daß die gegenwärtig nach Wien kommenden Fleischmengen sowohl was die Quantität als auch was die Qualität anbelangt, nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Er hält einen Abbau der Fleischpreise für bedenklich, weil dann die Zufuhren von Vieh nach Wien noch stärker sinken würden. Er in solcher Abbau dürfe nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn auch die Viehpreise allmählich herabgesetzt

werden. Die große Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen führt der Redner darauf zurück, daß die Fleischhauer alle Nebenprodukte der Rinder zu sehr niedrigen Preisen abzuliefern haben.

Gemeinderat David sieht das geeignete Mittel, um die Fleischnot zu lindern darin, daß Maßnahmen für eine rationelle Viehproduktion - insbesondere Schweinezucht und Schweinemaast getroffen werden. Der Redner verkennt jedoch nicht die großen Schwierigkeiten, die sich der Anwendung dieses Mittels bei der herrschenden Futtermittelknappheit entgegenstellen. Er regt noch an, daß die Preise sämtlicher Bodenprodukte in ein entsprechendes Verhältnis gebracht werden, damit nicht die Produktion eines Artikels zu Gunsten aller übrigen forciert werde.

Gemeinderat Eder weist auf den derzeitigen großen Mangel an allen Fleischgattungen hin. Ein von ihm seinerzeit gestellter Antrag auf Abgabe des Kalbfleisches an alte oder kranke Personen sei nicht angenommen worden. Der Redner bespricht sodann die bevorzugte Stellung der Großschlachtereien, durch welche die Fleischhauer benachteiligt werden, spricht sich ferner gegen die Einführung der Fleischkarte aus und tritt schließlich dafür ein, daß die Schranken, die dem Viehhandel gegenwärtig gezogen sind, beseitigt werden.

Kammerrat Löschner schildert die Vieh- und Fleischverhältnisse auf dem flachen Lande, die noch ungünstiger sind als in Wien.

Kommerzialrat Saborsky erwähnt, daß das Österreich von Ungarn eingeräumte Kontingent von monatlich 4000 Rindern nicht im vollen Umfange ausgenutzt werden könne, da die Ausfertigung der Ausfuhrscheine verzögert wird. Dem österreichischen Konsum gehen auf diese Weise monatlich rund 1500 Stück Rinder verloren. Er bespricht sodann verschiedene Organisationsfehler bei der Verteilung des Viehs.

Frau Schweinburg wirft die Frage auf, wie die Frauen ihren Haushalt in der nächsten Zeit einrichten sollen, um wenigstens ein- oder zweimal in der Woche Fleisch zu erhalten. Es soll getrachtet werden, daß den Haushaltungen die Möglichkeit geboten wird, jene Artikel, für welche kein Kartenzwang vorgeschrieben ist, zu erhalten. Wenn dies nicht möglich ist, wäre es besser, für alle Schichten der Bevölkerung Gemeinschafts- oder Gesellschaftsküchen einzurichten.

Gemeinderat Herold wünscht, daß die Verwendung des Kaninchenfleisches stärker propagiert werde und daß das Ernährungsamt die Aufzucht von Kaninchen fördere.

Vizebürgermeister Hof bemerkt, daß das Halten von Kleintieren auch in der letzten Sitzung des Ernährungsrates zur Sprache kam, daß jedoch der Präsident der Futtermittelzentrale erklärte, er sei nicht imstande, Futtermittel hierfür abzugeben.

In seinem Schlußwort führte der Berichterstatter Kammersekretär Dr. Ziegler aus, daß der Abbau der Viehpreise während des Sommers den Landwirt am wenigsten belastet, weil der nahezu kostenlos erfolgende Gewichtszuwachs durch die Grünfütterung die Erniedrigung der Preise ausgleicht. Der Referent verspricht sich von einer Veröffentlichung des Abbauplanes eine gleichmäßige und freiwillige Ablieferung der Landwirte, welche Vieh nur wegen der hohen Preise züchten, wodurch der Viehstand der Landwirte, die Rindvieh nur als Betriebsmittel des Getreidebaues benötigen, geschont wird.

Der Vorsitzende Vizebürgermeister Hof faßte die vorgebrachten Ausführungen in folgenden Vorschlägen zusammen:

1. Der begonnene Abbau der Nutz- und Schlachtvieh- sowie der Fleischpreise hätte nach einem schon jetzt festzusetzenden und zu veröffentlichen Abbauplan den Sommer über bis auf ein Niveau fortgesetzt zu werden, das eine richtigere Relation des Viehpreises zum Getreide- und Kartoffelpreis erreicht wird.

2. Es wäre eine Relation zwischen den Preisen auch der übrigen landwirtschaftlichen Produkte herzustellen wobei jedoch die Landwirte die Möglichkeit haben müssen, alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel zu einem Preise zu bekommen, welcher die Einhaltung der festgesetzten Preise zuläßt.

3. Für die Viehhaltung, Aufzucht, Mästung, Milchproduktion, Zugtiere etc. sollen die Futtermittel in entsprechenden Mengen belassen oder wenn notwendig zur Verfügung gestellt werden.

4. Da für den Wiener Zivilkonsum Rinder aus verschiedenen Kronländern zugeführt werden müssen, ist es dringend notwendig, daß die zugesicherten Kontingente voll und regelmäßig eingeliefert werden.

5. Bezüglich der für den Wiener Markt bestimmten notwendigen Einfuhr von Rindern aus Ungarn erscheint es dringend, daß die österreichische Regierung mit der ungarischen ein Übereinkommen trifft, nach welchem die ungarischen Rinderpreise in eine entsprechende Relation zu den Preisen in Oesterreich gebracht werden. Dasselbe habe auch für die aus Ungarn kommenden Fettschweine und für Fett zu gelten.

6. Die vom ungarischen Ackerbauministerium bei der Ausfuhr für die nach Oesterreich bestimmten Rinder oft bereiteten großen Schwierigkeiten wären zu beheben.

*zu veröffentlichen
wären im übrigen durch Maßnahmen zu vermeiden.*